

Wieviel Kontrolle tut uns gut? Schneiden wir uns schon ins eigene Fleisch?

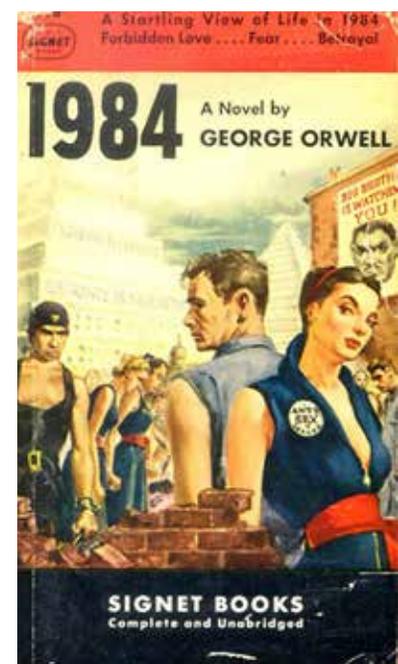
„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Die Botschaft von Benjamin Franklin, einem der Gründerväter der Vereinigten Staaten, ist aktueller denn je. In den letzten Jahren lässt sich ein stetiger Ausbau der staatlichen Kontroll- und Überwachungsmechanismen beobachten. Gleichzeitig werden europaweit Menschen- und Bürgerrechte eingeschränkt. Alles zum Schutze der Bevölkerung. Doch welche Gefahren bringen diese Entwicklungen mit sich?

24 /

Ich mache mir Sorgen. Wenn Ihnen die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates am Herzen liegen, sollten Sie sich auch Sorgen machen. Ist Ihnen schon aufgefallen, wie seit ein paar Jahren – meist unter dem Vorwand der Sicherheit – über Jahrhunderte erkämpfte Freiheiten sowie Menschen- und Bürgerrechte wenig reflektiert zur Disposition gestellt werden? Nicht nur in Ungarn oder Polen, auch bei uns in Österreich. Die Versuchung scheint vor allem in herausfordernden Zeiten bei Regierenden groß zu sein, Rechte und Freiheiten umzuinterpretieren und aus einer tagespolitischen „Notwendigkeit“ heraus einzuschränken. Ein im demokratischen Prozess erforderlicher Diskurs findet dabei meist nicht, selten noch verkürzt, statt. Gerade in Krisenzeiten sollten sich jedoch Freiheits- und Menschenrechte bewähren, dort zeigt sich die Stabilität und Sicherheit unserer Rechtsordnung.

Es ist ein alter Hut, dass unter dem Deckmantel des Schutzes der Bevölke-

rung einerseits bürgerliche Freiheiten eingeschränkt und andererseits Kontroll- und Überwachungsmechanismen ausgebaut werden. Die Anwendung dieses Prinzips ermöglichte den Nationalsozialisten in den 1930er Jahren eine schnelle und umfassende Machtübernahme. So hob die 1933 verabschiedete Notstandsverordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat über Nacht nahezu alle Grundrechte der eigenen Bevölkerung auf. An diesem Punkt sind wir Gott sei Dank noch nicht angelangt. Aber die derzeit scheinweise Einschränkung der bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte ist in der Gesamtschau besorgniserregend, da sie gehäuft auftritt und ein systematisches Eingreifen erkennen lässt (siehe Infobox). Als Bürger müssen wir aufpassen, dass wir uns blind vor Angst nicht ins eigene Fleisch schneiden. Der einige Jahre zurückliegende Wiener Neustädter Tierschützerprozess ist ein Beispiel dafür, wie ein Gesetz zur Verfolgung organisierter Kriminalität



Nähern wir uns auf erschreckende Weise George Orwells Dystopie, dem Gegenteil einer positiven Utopie, die Antiutopie eines totalitären Überwachungsstaates, dargestellt in seinem bekannten Roman „1984“.

Aktuelle Entwicklungen in Österreich, die Menschen- und Bürgerrechte einschränken:

- neue Überwachungsbefugnisse für das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Staatschutzgesetz): systematische Überwachung etwa von Verkehrs- und Standortdaten ohne richterliche Genehmigung, Weitergabemöglichkeit der Daten an ausländische Geheimdienste, „vorbeugender Schutz“ durch Überwachung. Der Miteinbezug von niederschweligen Delikten könnte zur vorbeugenden Überwachung etwa von Fußballfans oder im Zusammenhang mit ideologisch oder religiös motivierten Wirtshausraufereien führen anstatt von Staatsgefährdern oder Terroristen.
- Notverordnung im Zusammenhang mit Asyl und Flüchtlingen; die dortigen Befugnisse könnten mit dem Argument des Sicherheitsrisikos das Asylrecht aushebeln.
- Pläne zur Einschränkung des Versammlungsrechts: Ausdehnung der Anzeigefrist, Haftbarmachung von Versammlungsleitern für Schäden, Einschränkungen bei Geschäftsinteressen etc.
- Eingriffe in den Datenschutz und die Privatsphäre: z.B. Vorratsdatenspeicherung, Abschied vom Bankgeheimnis.
- weitere Pläne gibt es vor allem beim Thema abstrakter Gefährder, also Menschen die keine Straftat begangen haben, denen aber bereits vorsorglich Grundrechte vorenthalten oder genommen werden sollen.



Bild: Shutterstock

Big Brother is watching you! Welche Gefahren birgt die Zunahme staatlicher Überwachungs- und Kontrollmechanismen?

gegen zivilgesellschaftliches Engagement eingesetzt werden kann. Die damalige Vorgehensweise und die Haltung der Tierschützer kann durchaus kritisiert werden. Dennoch ist es äußerst bedenklich, wenn ein Gesetz, das zur Bekämpfung krimineller Organisationen geschaffen wurde, auf einen Verein bzw. eine systemkritische Nichtregierungsorganisation angewendet wird. Wir müssen achtsam sein. Wenn die regierenden Politiker partikulare Interessen über die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte stellen, dann steigt die Gefahr der Unterdrückung einzelner Menschen und Organisationen. Als Bürger müssen wir aufpassen, dass wir aus einer falschen Angst heraus ein repressives System heraufbeschwören. Um mit Benjamin Franklin zu sprechen: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

Wer schluckt d'Krot? Die Mehrheit!

Ob uns mehr Kontrolle letztlich auch mehr Sicherheit gibt ist fraglich. Eines ist aber klar: Eine Zunahme an staatlichen Kontroll- und Überwachungsmechanismen ermöglicht größere Beeinflussung und Lenkung des

Einzelnen. Allein das Wissen um die Möglichkeit der ständigen Beobachtung (Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen, GPS-Ortung, elektronische Online-Durchsuchungen, Lauschangriffe etc.) prägt unser Verhalten in Richtung sozialer Konformität. Das Perfide darin ist, dass äußere Machtverhältnisse letztlich verinnerlicht werden. Unser Vertrauen in die Staatsmacht wird ausgenutzt. Wir wollen loyal sein und „schlucken die Krot“, ist halt so ... wir passen uns an, wollen ja nicht unangenehm auffallen. Der von oben verordnete Zwang wird so zum Selbstzwang. Der Bürger muss nicht mehr kontrolliert werden, da er sich selbst kontrolliert. Damit nähern wir uns auf erschreckende Weise George Orwells Dystopie, dem Gegenteil einer positiven Utopie, die Antiutopie eines totalitären Überwachungsstaates, dargestellt in seinem bekannten Roman „1984“. Ob wir so eine Welt Realität werden lassen, liegt letztlich bei uns. Denn „Freiheit besteht in erster Linie nicht aus Privilegien, sondern aus Pflichten“ (Albert Camus). Wenn uns Menschen- und Bürgerrechte ein Anliegen sind, müssen wir uns dafür einsetzen!

Die Weitblick Autoren



Frederick Lins, Geschäftsführer
diplomierter Jurist, Wirtschaftsjurist und Kanonist; Unternehmer in Feldkirch und Mainz; verschiedene Managementfunktionen und IT-Projekte im gemeinnützigen und Sportbereich.



Daniel Scheyer, Projektmanagement
Klinischer & Gesundheitspsychologe; Psychotherapeut in Ausbildung unter Supervision, in eigener Praxis tätig; Forschungsschwerpunkte: Gesundheitsförderung im Kindes- & Jugendalter, Achtsamkeit im psychosozialen Kontext, Psychotraumatologie.



mitweitblick
gesellschaft
bewegen

www.mitweitblick.org